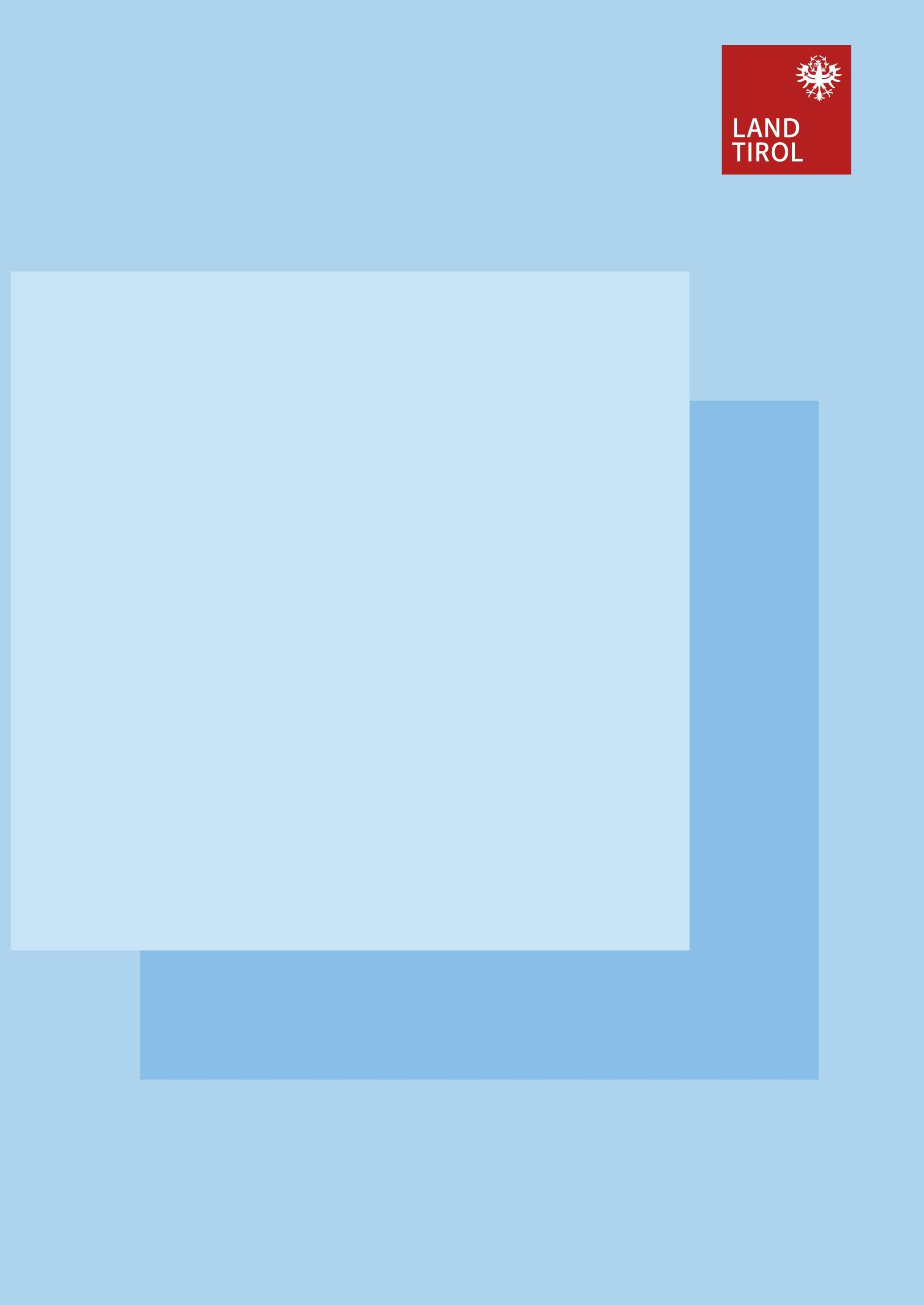
Richtlinie des Landes Tirol

über die Übernahme von Kosten für Aufwendungen, die im Rahmen der Koordinierung der Umsetzung des Tiroler Aktionsplanes (TAP) im Jahr 2024 entstehen – TAP-Richtlinie 2024

**Fassung vom:** 03.04.2024

**Für den Inhalt verantwortlich:** Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe

Inhalt

[**Präambel** 1](#_Toc163025270)

[**§ 1 Begriffsdefinitionen** 2](#_Toc163025271)

[**§ 2 Anspruchsberechtigte** 3](#_Toc163025272)

[**§ 3 Höhe** 3](#_Toc163025273)

[**§ 4 Verfahren** 4](#_Toc163025274)

[**§ 5 Inkrafttreten** 5](#_Toc163025275)

# **Richtlinie des Landes Tirol über die Übernahme von Kosten für Aufwendungen, die im Rahmen der Koordinierung der Umsetzung des Tiroler Aktionsplanes (TAP) im Jahr 2024 entstehen – TAP-Richtlinie 2024**

## **Präambel**

Die Tiroler Landesregierung bekannte sich im August 2019 zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf Landesebene. Mit dem nunmehr vorliegenden „Tiroler Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention (TAP)“ soll ein wesentlicher Grundstein für die Sicherstellung von Chancengleichheit und -gerechtigkeit in unserer Gesellschaft gesetzt werden.

Die Koordinierung der Umsetzung des TAP erfolgt in fünf Umsetzungsteams zu thematischen Schwerpunkten. Der Teilnehmer\*innenkreis der Umsetzungsteams setzt sich aus einem multiprofessionellen Team zusammen. Einerseits nehmen Vertreter\*innen der zuständigen landesinternen Abteilungen und andererseits Personen aus der Zivilgesellschaft an den diesbezüglichen Sitzungen teil.

Menschen mit Behinderungen soll auch im Kalenderjahr 2024 eine umfassende Teilhabe im Umsetzungsprozess des TAP ermöglicht werden. Hierfür werden seitens des Landes Tirol verschiedene Maßnahmen zur Herstellung der Barrierefreiheit (bspw. Übersetzungen in einfache Sprache, Visualisierung, Dolmetschleistungen udgl.) gesetzt.

1. Sofern im Rahmen der Teilnahme an den Sitzungen mobile Unterstützungsleistungen iSd Tiroler Teilhabegesetzes benötigt werden, sollen Menschen mit Behinderungen bzw. Dienstleisterinnen die hierdurch entstehenden Aufwendungen abgegolten werden. Zusätzlich soll ein durch die Teilnahme entstehender Aufwand für jene Personen, die nicht im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit an den Sitzungen teilnehmen, seitens des Landes Tirol entschädigt werden. Die gegenständliche Richtlinie regelt die Voraussetzungen für die Geltendmachung sowie das diesbezügliche Verfahren.

## **§ 1 Begriffsdefinitionen**

Im Sinne dieser Richtlinie gelten als:

1. Sitzungen: die im Rahmen des Umsetzungsprozesses des TAP durchgeführten Termine, zu denen von der beim Amt der Tiroler Landesregierung eingerichteten „Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Tiroler Aktionsplanes“ eingeladen wird; zu den Sitzungen zählen auch die Zeiten für die An- und Abreise.
2. Mobile Unterstützungsleistungen: folgende Leistungen nach dem Tiroler Teilhabegesetz (TTHG), LGBl. 32/2018, in der jeweils geltenden Fassung:
   1. Persönliche Assistenz (§ 6 Abs. 2 lit. a TTHG)
   2. Mobile Begleitung (§ 6 Abs. 2 lit. c TTHG)
3. Aufwendungen:
   1. Kosten, die einer Dienstleisterin (§ 2 Abs. 1) aufgrund der Erbringung von mobilen Unterstützungsleistungen entstehen, um Menschen mit Behinderungen die Teilnahme an den Sitzungen zu ermöglichen und die nicht über die jeweilige dem Menschen mit Behinderungen gewährte Leistung nach dem TTHG abgerechnet werden;
   2. Kosten, die einer Budgetnehmerin (§ 2 Abs. 2) dadurch entstehen, dass sie über das nach dem TTHG genehmigte Stundenausmaß hinaus mobile Unterstützungsleistungen ihrer im Rahmen des persönlichen Budgets beschäftigten Arbeitnehmerinnen in Anspruch nimmt, um an den Sitzungen teilnehmen zu können.
4. Aufwandsentschädigung: eine pauschalierte Abgeltung für die Teilnahme an den Sitzungen.

## **§ 2 Anspruchsberechtigte**

1. Anspruchsberechtigt für die Geltendmachung von Aufwendungen nach § 1 Abs. 3 lit. a sind Dienstleisterinnen nach § 3 lit. g TTHG (kurz: Dienstleisterin).
2. Anspruchsberechtigt für die Geltendmachung von Aufwendungen nach § 1 Abs. 3 lit. b sind Menschen mit Behinderungen, die Leistungen in Form eines persönlichen Budgets gemäß § 5 Abs. 2 TTHG iVm der Richtlinie des Landes Tirol vom 30.11.2021 über die in Form eines persönlichen Budgets gewährten Leistungen (Persönliches Budget-Richtlinie) beziehen und Arbeitnehmerinnen auf Grundlage des Arbeitgeberinnen-Modells nach § 4 lit. a Persönliches Budget-Richtlinie beschäftigen (kurz: Budgetnehmerin).
3. Anspruchsberechtigt für die Geltendmachung einer Aufwandsentschädigung sind Personen, die ehrenamtlich und nicht im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit persönlich an Sitzungen teilnehmen. Per Videokonferenz teilnehmende Personen gelten nicht als Anspruchsberechtigte.

## **§ 3 Höhe**

1. Aufwendungen nach § 1 Abs. 3 lit. a werden der Dienstleisterin in der Höhe des für sie für die jeweilige mobile Unterstützungsleistung geltenden Tarifes abgegolten. Die kleinste abrechenbare Unterstützungseinheit beträgt 30 Minuten. Darüberhinausgehende Zeiten sind in einer 15 Minuten Taktung abzurechnen.
2. Aufwendungen nach § 1 Abs. 3 lit. b werden der Budgetnehmerin in der Höhe folgender für das persönliche Budget im Jahr 2024 geltender Tarife abgegolten:
   1. Persönliche Assistenz: € 38,70 pro Stunde
   2. Mobile Begleitung: € 50,20 pro Stunde

Die kleinste abrechenbare Unterstützungseinheit beträgt 30 Minuten. Darüberhinausgehende Zeiten sind in einer 15 Minuten Taktung abzurechnen.

1. Die Höhe der Aufwandsentschädigung beträgt für Personen, die in Innsbruck wohnhaft sind, € 35,00 pro Sitzung. Für Personen, die außerhalb von Innsbruck wohnhaft sind, beträgt die Aufwandsentschädigung € 45,00 pro Sitzung.

## **§ 4 Verfahren**

1. Die Anträge auf Abgeltung der Aufwendungen bzw. der Aufwandsentschädigung sind beim Land Tirol, Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe, bis spätestens 15. Februar 2025 schriftlich einzubringen.
2. Der Antrag der Dienstleisterin hat folgende Angaben zu enthalten:
   1. Name des Menschen mit Behinderungen, für den die mobile Unterstützungsleistung erbracht wurde,
   2. Angaben zu dem Datum der Sitzungen und dem jeweilig erbrachten Stundenausmaß,
   3. verbindliche Erklärung des vertretungsbefugten Organes, dass die Stunden nicht über die dem Menschen mit Behinderungen gewährte Leistung nach dem TTHG abgerechnet werden/wurden,
   4. verbindliche Erklärung des vertretungsbefugten Organes, dass die Stunden im Rahmen der Teilnahme an den Sitzungen erbracht wurden,
   5. Daten der Bankverbindung.
3. Der Antrag der Budgetnehmerin hat folgende Angaben zu enthalten:
   1. Angaben zu dem Datum der Sitzungen und dem jeweilig von der Arbeitnehmerin erbrachten Stundenausmaß,
   2. verbindliche Erklärung, dass das Ausmaß der Unterstützung das der Budgetnehmerin nach dem TTHG genehmigte Stundenausmaß überschreitet,
   3. verbindliche Erklärung, dass die Stunden im Rahmen der Teilnahme an den Sitzungen erbracht wurden,
   4. Daten der Bankverbindung
4. Der Antrag auf Aufwandsentschädigung hat folgende Angaben zu enthalten:
   1. Datum der Sitzungen, an denen teilgenommen wurde,
   2. Angaben zum Wohnort,
   3. verbindliche Erklärung, dass die Teilnahme an den Sitzungen ehrenamtlich und nicht im Rahmen der beruflichen Tätigkeit erfolgt ist,
   4. Daten der Bankverbindung.
5. Bei Vorliegen der Anspruchsvoraussetzungen und fristgerechter Antragstellung erfolgt eine Einmalzahlung seitens des Landes Tirol.
6. Bei zu Unrecht erhaltenen Zahlungen erfolgt eine Rückforderung seitens des Landes Tirol.
7. Auf Anfrage des Landes Tirol ist Einblick in die jeweiligen relevanten Unterlagen zu gewähren bzw. sind entsprechende schriftliche Nachweise zur Verfügung zu stellen.

## **§ 5 Inkrafttreten**

* + - 1. Diese Richtlinie tritt mit 1. Jänner 2024 in Kraft
      2. Diese Richtlinie liegt beim Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe, zur Einsichtnahme auf und ist auf der Homepage des Amtes der Tiroler Landesregierung, Abteilung Inklusion und Kinder- und Jugendhilfe, unter [Richtlinie\_TAP](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/gesellschaft-soziales/kinder-und-jugendliche/kinder-und-jugendhilfe/formulare/Inklusion/Tiroler_Aktionsplan/Grundlagen/Richtlinie_TAP.pdf) veröffentlicht.